



von OTL i.G Michael Angerer

Am Beginn des 2. Jahrzehnts dieses Jahrhunderts steht die NATO erneut vor großen Herausforderungen. Bereits mit der Verabschiedung der „Declaration on Alliance Security“ im Rahmen des Jubiläumsgipfels am 3./4. April 2009 in Straßburg/Kehl und dem darin enthaltenen Auftrag zur Erarbeitung eines Neuen Strategischen Konzepts an den Generalsekretär sowie dessen Wechsel Anfang August letzten Jahres auf den ehemaligen Dänischen Ministerpräsidenten Anders Fogh Rasmussen wurde deutlich, dass eine langfristige und perspektivische Neuausrichtung der NATO bevorsteht. Stetig ansteigende Kosten für Einsätze (hier v.a. ISAF) sowie die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise führten zu einer Finanzierungslücke von mehr als 700 Millionen Euro und zwangen dazu, über eine Reform des Finanzierungssystems und in Folge auch über entsprechende Einsparmaßnahmen nachzudenken. Konsequenz folgte daraus während des Verteidigungsministertreffens in Istanbul im Februar dieses Jahres der Auftrag an den Generalsekretär, Vorschläge für weitreichende Reformen zu unterbreiten. Das Gefühl, dass „sich etwas ändern muss“ griff also zunehmend um sich und Rufe nach Reformen wurden immer lauter.

### Bereits eingeleitete Reformmaßnahmen

#### Reform des NATO-Hauptquartiers

Die Reform des NATO-Hauptquartiers zielt vor allem auf eine Verbesserung der festgestellten ineffizienten Arbeitsweise innerhalb des Hauptquartiers, die u.a. begründet ist durch unflexible Stabsstrukturen und -prozesse. Überlegungen zur Fusionierung des Internationalen Militärstabes (IMS) mit dem Internationalen Stab (IS) stießen auf

# Die NATO – Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven

## Ein Militärbündnis im Reformzwang

breiten und grundsätzlichen Widerstand der NATO-Mitgliedstaaten und wurden schnell fallengelassen. Grundsätzlich ist festzustellen, dass Handlungsbedarf besteht. Deutschland will sich dabei aktiv gestaltend positionieren und ordnend wirken. Gutes soll dabei aber nur Besserem weichen. Als problematisch wird das Aufweichen oder gar die Aufgabe des Konsensprinzips gesehen. Es ist zwar ein Verfahren, das Kraft und Zeit kostet, aber zugleich auch ein starkes, weil es ein Einigkeit symbolisierendes Zeichen nach (innen und ) außen setzt. Darüber hinaus stehen bereits heute Instrumente zur Verfügung, um auf nachgeordneten Ebenen nicht unbedingt einen Konsens herbeiführen zu müssen (Chairman's Memorandum), die in der Vergangenheit allerdings nur selten genutzt wurden.

### Erneuerung des NATO-Verteidigungsplanungsprozesses

Bei ihrem Treffen in Vilnius im Februar 2008 hatten sich die Verteidigungsminister grundsätzlich auf eine Überprüfung der Verteidigungsplanungsverfahren geeinigt. Nach umfangreicher Ausarbeitung wurde ein neues Prozessmodell schließlich im Vorfeld des Jubiläumsgipfels 2009 verabschiedet. Ziel dieses neuen Ansatzes ist es vor allem, zunehmend schwerfällige Strukturen innerhalb eines griffigeren Prozesses zu verschlanken und durch hohe Transparenz und Orientierung an einem fähigkeitsbasierten Ansatz die tatsächliche Umsetzung von militärischen Forderungen in wirksame Streitkräfteplanung zu verbessern. Darüber hinaus galt es, die aufwändige und bei einem „Single Set-of-Forces“ fehleranfällige Umsetzung in nationale Streitkräfteplanungen durch eine Harmonisierung mit dem EU-Streitkräfteplanungsprozess leistungsfähiger zu gestalten. Aufgrund der Komplexität der Thematik sind allerdings noch Anpassungen des o.a. Planungsinstrumentariums vorzunehmen. Es besteht aber Einvernehmen im Kreis der Mitgliedstaaten, die Bemühungen zum

Schließen von Fähigkeitslücken sowie zu mehr Multinationalität und Interoperabilität weiter zu forcieren.

### Neue NATO-Kommandostruktur

Mit der 2006 durch die NATO-Verteidigungsminister verabschiedeten „Ministerial Guidance“ wurde eine neue Zielvorgabe, der sog. „Level of Ambition“ entschieden. Während die bisherige Zielvorgabe drei „Große Operationen“ über einen längeren Zeitraum vorsah, ging man zukünftig von zwei „Großen“ und sechs „Kleineren Operationen“ aus (Dauer der Operationen zwei Jahre, Hälfte der Operationen in hoher Intensität, unbefriedetem Umfeld mit minimaler Infrastruktur und geringstem Host Nation Support). Darauf aufbauend wurde entschieden, die NATO-Kommandostruktur anzupassen (siehe Bild 1).

Nach erfolgter politischer Weisung im Juli 2007 wurde die Neustrukturierung geplant. Die neue Kommandostruktur sollte kleiner und weniger personalintensiv (-16%), verlegbarer, in Teilbereichen durch einen größeren Beitrag an qualifiziertem Personal professioneller (mehr Zivilpersonal, vor allem in statischen Strukturen der NCSA (NATO Communication and Information Systems Services Agency)) und insgesamt einsatzfähiger sein. Dazu kam die Beteiligung neuer Mitgliedsstaaten, hier v.a. die Rückkehr Frankreichs in die militärischen Strukturen. Diese Forderungen brachten damit in Folge aber auch eine deutliche Kostensteigerung mit sich. Im Mai 2009 haben die NATO-Generalstabschefs die Verteilung der sog. „Flag-Dienstposten“ (siehe Bild 2) zwischen den Nationen festgelegt, die „Manning“-Konferenzen fanden ihren Abschluss Ende 2009. Deutschland hat qualitativ und quantitativ mit insgesamt rund 1600 Dienstposten eine unserer Stellung im Bündnis angemessene Repräsentanz erzielt. Vor allem 20 Generals-/Admiralsdienstposten (14 davon rotierend mit anderen Nationen) und über 50 Oberste/Kapitäne z.S. sichern auch in

## Neue NATO-Kommandostruktur (Bild 1)

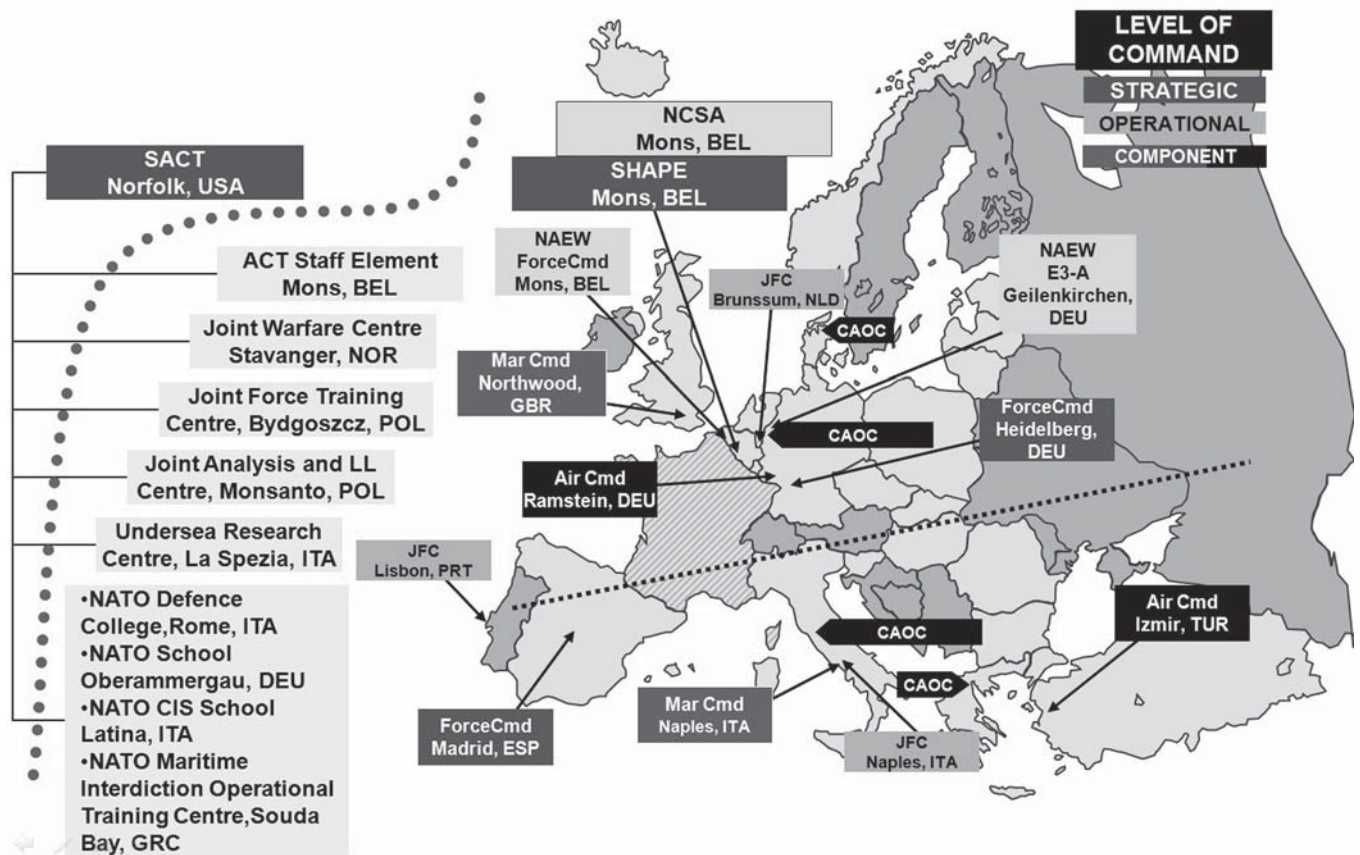


Bild 1

Zukunft deutschen Einfluss in den einzelnen Hauptquartieren der neuen Kommandostruktur. Die ursprüngliche Planung zur Implementierung wurde zuletzt auf den 1. August 2010 festgelegt. Ziel ist es, nach drei Jahren die Final Operational Capability (FOC) und damit einen Befüllungsstand von 95% zu erreichen. Die neue NATO-Kommandostruktur ist grundsätzlich ein Schritt in die richtige Richtung, wird sich allerdings nur als „Übergangsstruktur“ erweisen. Ursachen hierfür sind v.a. die vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzkrise nicht zu bezahlenden Strukturen. Darüber hinaus ist eine erneute Anpassung des „Level of Ambition“ als Konsequenz eines Neuen Strategischen Konzepts zu erwarten. In der Folge muss dann ebenfalls eine Anpassung der bis zu diesem Zeitpunkt nicht vollständig implementierten Kommandostruktur erfolgen. Erste Überlegungen dazu wurden bereits während des formellen NATO-Verteidigungsministertreffens in Brüssel am 10. und 11. Juni dieses Jahres durch den Generalsekretär vorgestellt. Die beiden Vorschläge

des Generalsekretärs unterscheiden sich in der unterschiedlich starken Kürzung des Personalumfangs der NATO-Kommandostruktur von aktuell 13.000 auf entweder 7.500 bzw. 9.500 militärische Dienstposten. Bis zum nächsten Verteidigungsministertreffen am 14. Oktober soll nun ein erneuter Entwurf erarbeitet werden. Dieser soll einen Personalumfang von 8.000 bis 8.500 haben und Grundlage für den Strukturvorschlag beim Gipfel in Lissabon werden.

### Weiterentwicklung der NATO Response Force (NRF)

In Folge entsprechender Entscheidungen des Verteidigungsministertreffens vom Juni 2009 wird derzeit die „Revised NRF“ implementiert. Sie besteht aus drei Elementen (siehe Bild 3): (1) Führung aus einem NATO-Hauptquartier (Joint Force Command Brunssum oder Neapel bzw. Joint Command Lissabon) mit sog. „Deployable Joint Staff Elements“ (DJSE) als Führungselemente im Einsatz. (2) Schnell verlegbare „Immediate Response

Force“ (IRF) mit Landstreitkräften in Brigadestärke, Luftstreitkräften bestehend aus Kampf- und Kampfunterstützungskräften sowie Seestreitkräften mit Marineeinheiten u.a. aus den Ständigen NATO-Verbänden. Der Umfang dieser schnell verfügbaren Kräfte soll ca. 13.000 Soldaten betragen. (3) „Response Force Pool“ (RFP) mit einem Anteil von gemeinsam beübten und zertifizierten „designated“ Kräften in 2-30 Tage Bereitschaft, sowie einem Anteil nicht zertifizierter „earmarked“ Kräfte in 10-60 Tage Bereitschaft, von denen letztere auch mehrfach assigniert sein dürfen. Ziel dieser Reform ist eine Verbesserung der bisher mangelhaften Kräftegestellung. Flankierend zur Neuausrichtung der NRF sind u.a. die Entwicklung freiwilliger nationaler Zielgrößen zur Beteiligung an der NRF (Deutschland hat sich 2009 verpflichtet, im Sechs-Jahres-Durchschnitt 12% der Kräfte der ca. 13.000 Soldaten starken IRF zu stellen) oder die Verlängerung der Standby-Phase von 6 auf 12 Monate erfolgt. Nach ersten Einschätzungen sind bereits positive Tendenzen bzgl. der Kräftegenerierung zu verzeichnen.

**Aktuelle Entwicklungen**

**Erweiterungspolitik:**

Die NATO steht unverändert zu ihrer „open-door-policy“. Staaten können eine NATO-Mitgliedschaft auf Grundlage des Artikels 10 des NATO-Vertrages und in Erfüllung der leistungs-basierten Beitrittskriterien der NATO-Erweiterungsstudie von 19951 anstreben und erreichen. Mit der Aufnahme von Albanien und Kroatien während des Jubiläumsgipfels in Straßburg/Kehl im April 2009 ist die Erweiterungsagenda für die absehbare Zukunft abgearbeitet. Eine Einladung Mazedoniens zu Beitrittsverhandlungen scheidet unverändert am ungelösten Namensstreit zwischen Mazedonien und Griechenland. Sie ist aber jederzeit möglich, sollte die Namensfrage einvernehmlich gelöst sein. Die Aufnahme von Montenegro am 4. Dezember 2009 im Rahmen des NATO-Außenministertreffens in Brüssel in den sog. „Membership Actionplan“ (MAP) in Vorbereitung auf eine künftige NATO-Mitgliedschaft sowie eine konditionierte Vergabe des MAP am 22. April dieses Jahres beim NATO-Außenministertreffen in Tallinn an Bosnien Herzegowina<sup>2</sup> folgen dem Rational, dass eine langfristige Stabilisierung des Westbalkans nur durch die euro-atlantische Integration aller Balkan-Staaten zu erreichen ist. Eine Vergabe des MAP-Status ist aber weder an Zeitlinien, noch an eine automatisierte Mitgliedschaft im Bündnis geknüpft. Im Gegensatz hierzu wurde Georgien und der Ukraine auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008 die künftige NATO-Mitgliedschaft ohne Nennung von Zeitlinien in Aussicht gestellt. Für die Ukraine fiel ein wesentliches Kennzeichen ihrer Außen- und Sicherheitspolitik, das bisher formulierte Ziel einer NATO-Mitgliedschaft, nach Neuordnung der politischen Machtverhältnisse weg. Die jüngst vollzogene, engere Bindung an Russland unterstreicht dies deutlich. Georgien wird weiterhin mit der Lösung der Frage der besetzten Gebiete Süd-ossetien und Abchasien gebunden sein. Trotz signifikanter georgischer Beteiligung an NATO-Operationen (zweitgrößter

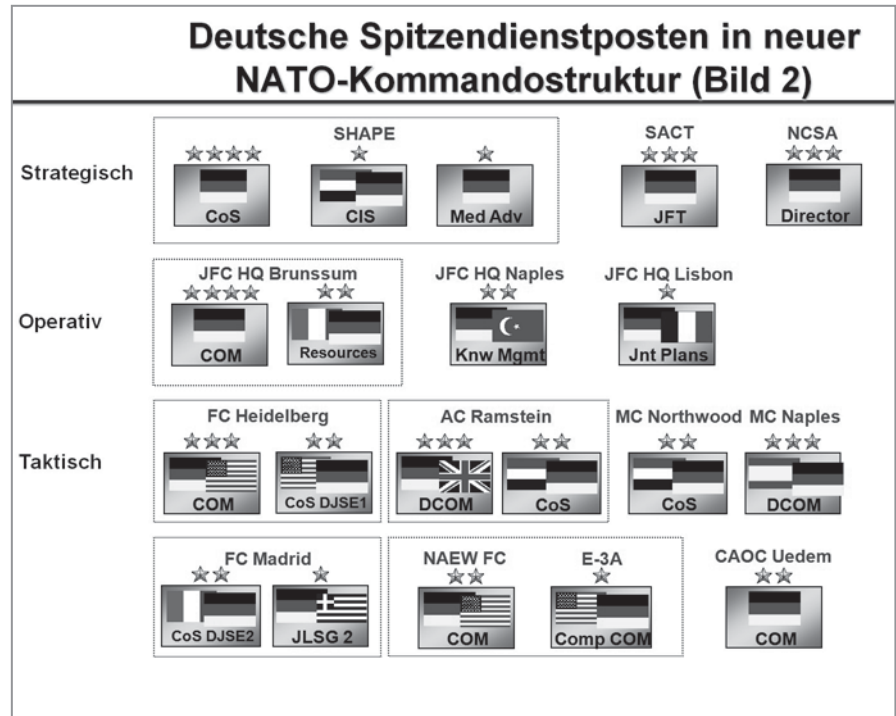


Bild 2

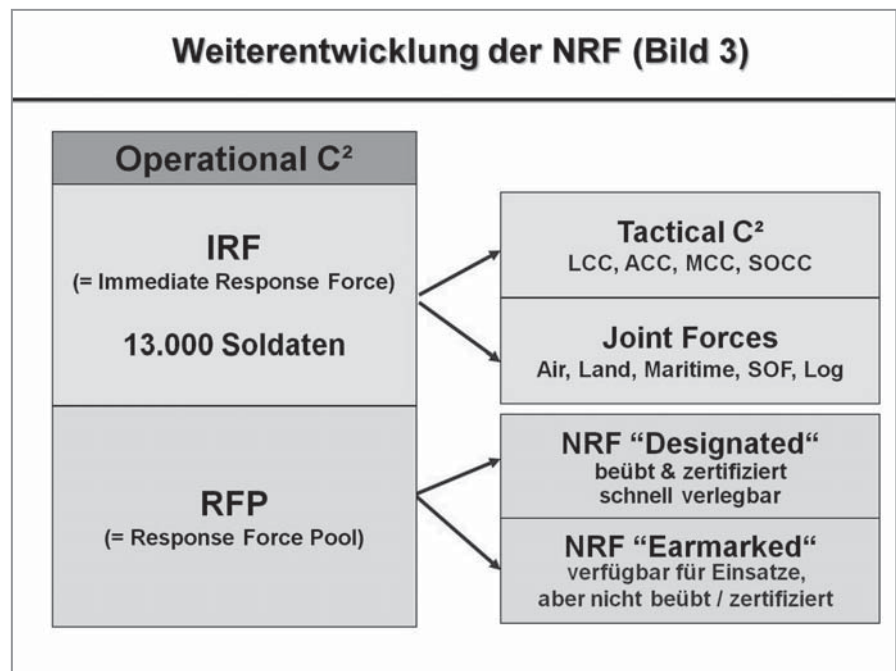


Bild 3

1 Insbesondere Bekenntnis zu den Prinzipien der Charta der VN, Demokratie und Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und friedliche Konfliktbeilegung.

2 Umsetzung der Entscheidung abhängig von der abschließenden eigentumsrechtlichen Klärung des immobilien bosnischen Verteidigungsvermögens.

Nicht-NATO-Truppensteller ISAF) und weiterem Ausbau der militärischen Kooperation mit der NATO erscheint eine Vergabe des MAP mit dem Ziel künftiger Mitgliedschaft in der aktuellen Konstellation mit RUS nicht realisierbar. Bewegung in der Erweiterungspolitik ist zeitnah lediglich noch im Bereich der Balkanländer zu erwarten.

**NATO-Haushalt**

Grundsätzlich besteht Konsens zwischen den Mitgliedstaaten der NATO, die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen, um jetzt und in Zukunft die Aufgaben der Allianz sowohl in der Transformation als auch in den Operationen erfüllen zu können. Dennoch sind die Nationen nicht mehr bereit, die erkannten

Erfordernisse in vollem Umfang auch finanziell zu hinterlegen. Derzeit ist man in der NATO darum bemüht, durch (Neu-) Priorisierung wieder eine Ausgewogenheit zwischen der Finanzierung des überproportional gestiegenen Budgets bei Einsätzen und den generell erforderlichen Fähigkeiten herzustellen. Das Senior Resource Board und der Militärausschuss haben Vorschläge zu umfangreichen Einsparmöglichkeiten unterbreitet. Dazu gehört neben der Streichung / verzögerter Implementierung einer Vielzahl NATO-gemeinsam finanzierter Projekte auch die Option der Verlagerung einzelner Projekte in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten sowie eine neue Priorisierungssystematik.

Generalsekretär Rasmussen hatte zusätzlich eine unterstützende Expertengruppe (Senior Officials Group) auf dem Verteidigungsminister-Treffen in Bratislava 2009 eingesetzt, um mit Hilfe unmittelbarer Hauptstadtvertreter über die Empfehlungen des Militärausschusses und des Senior Ressource Board hinaus Empfehlungen zu prüfen / zu erarbeiten. Für Deutschland nahm der Stabsabteilungsleiter III im Führungsstab der Streitkräfte und ein Vertreter der Abteilung Haushalt an den Treffen teil. Das Mandat der Senior Officials Group beschränkte sich auf die Unterstützung bei der Lösungsfindung im Bereich der Gemeinschaftsfinanzierung, die Untersuchung von Wegen, wie eine Priorisierungsmethodik die Zielerreichung der Allianz verbessern kann sowie die Überprüfung der Finanzobergrenzen der Einzelbudgets zum Erreichen der Prioritäten und Ziele der Allianz. Darüber hinaus wurde auf französischen Vorschlag eine „Financial Experts Group“ einberufen. Ziel ist es, zunächst eine Analyse der bisherigen Finanzierungsmechanismen vorzunehmen. In einem zweiten Schritt sollen dann Vorschläge für eine Reform der Haushaltssystematik erarbeitet und im Rahmen des Gipfeltreffens in Lissabon im November dieses Jahres vorgestellt werden.

### **Nuklearpolitik der Allianz**

Am 5. April 2009 wurde durch eine Rede des amerikanischen Präsidenten Barack Obama in Prag, in der er seine Vision einer atomwaffenfreien Welt skizzierte, die weltweite Debatte über nukleare Abrüstung wieder in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. In Deutschland wurde im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP vereinbart, sich im Zuge der Ausarbeitung des Neuen Strategischen Konzeptes im Bündnis sowie gegenüber den amerikanischen

Verbündeten dafür einzusetzen, dass die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden. Ebenso hat der Bundestag fraktionsübergreifend die Bundesregierung aufgefordert, sich diesem Ziel zu widmen.

Auch in der NATO wurde die Nukleardebatte unwiderruflich in Gang gesetzt und wird priorisiert behandelt. Es bleibt abzuwarten, ob das für Deutschland formulierte Ziel des Abzugs der Nuklearwaffen von deutschem Boden vor dem Hintergrund unterschiedlicher nationaler Interessen und gleichzeitigem Konsensprinzip im Bündnis erreicht wird. Fest steht, dass die nukleare Abschreckung vor dem Hintergrund eines veränderten Sicherheitsumfeldes neu bewertet werden muss. **Insbesondere im Rahmen der Ausgestaltung des Neuen Strategischen Konzeptes der NATO gilt es, die strategische Dimension der nuklearen Abschreckung der NATO zu definieren.** Fünf beim NATO-Außenministertreffen in Tallinn durch die US-Außenministerin eingebrachten und breit akzeptierten Prinzipien legen einen Grundstein für die weitere Debatte:

- (1) Die NATO wird eine nukleare Allianz bleiben, solange Nuklearwaffen existieren,
- (2) Risiko- und Lastenteilung werden weiterhin die Basis des Bündnisses bleiben,
- (3) Reduzierung von Rolle und Anzahl der Nuklearwaffen,
- (4) Breiteres Verständnis von regionaler Abschreckung (einschl. Raketenabwehr) und
- (5) Einbeziehung der russischen „substrategischen“ Nuklearwaffen in mögliche weitere Abrüstungsschritte.

Die USA als die wesentliche Gestaltungsmacht der Nuklearstrategie des Bündnisses haben als ihr zentrales Interesse eine geschlossene und ohne Vorbehalt von allen Nationen getragene, einheitliche nuklearpolitische Linie innerhalb des Bündnisses ergebnisoffen formuliert. Das Ziel ist, allen Alliierten, unabhängig von der nationalen Bedrohungsperzeption, die unveränderte Gültigkeit der nuklearen Schutzgarantie unter veränderten Rahmenbedingungen zu vermitteln. Großbritannien war und ist bereit, über sein Nukleardispositiv im Bündnis breit zu konsultieren und auch in einen NATO-Abschreckungskontext zu stellen. Die Unterstützung des US-Ansatzes dürfte dadurch gesichert sein. Wie sich die neue Britische Regierung exakt positioniert, bleibt abzuwarten. Als wenig flexibel erweist sich die französische Rolle. Die Diskussion im Bündnis mit Blick auf die Reduzierung

der Rolle von Nuklearwaffen stößt bei Frankreich auf Ablehnung. Frankreich hält an der Unabhängigkeit seines Dispositivs fest und sieht keinerlei Veranlassung, sich auf Abrüstungsverhandlungen einzulassen. Bisher sieht Frankreich keine Notwendigkeit, von der Formulierung des Strategischen Konzeptes von 1999 abzuweichen, in dem die Nuklearwaffen zur Sicherung der vitalen Interessen Frankreichs erforderlich sind. Die weitere Diskussion um die Nuklearstrategie des Bündnisses wird somit sowohl vom weiteren Fortgang der Planungen der USA beeinflusst, als auch durch die europäische Debatte geprägt werden, in welcher sich liberale Positionen wie die der Deutschen, Niederländer und Belgier mit denen der Nuklearstaaten Frankreich und Großbritannien vereinigen müssen.

### **Flugkörperabwehr - Missile Defence**

Ballistische Raketen stellen weltweit in Verbindung mit Massenvernichtungswaffen eine stetig wachsende Bedrohung dar. Dabei sind Iran und Nordkorea zur Zeit als wohl größtes Risiko anzusehen. Aber auch die Gefahren von Proliferation und Terrorismus dürfen nicht vernachlässigt werden. Die USA begegnen der aktuellen Bedrohung mit einem angepassten 4-stufigen Ansatz (Phased Adaptive Approach) für ein Missile-Defence-System, welches das amerikanische Territorium, die eigenen weltweit operierenden Streitkräfte sowie befreundete Staaten und Partner schützen soll. In der Folge wurden die NATO-Partner durch die USA eingeladen, sich am Phased Adaptive Approach zu beteiligen und ein gemeinsames NATO-Missile-Defence-System aufzubauen. Dieses soll in einer NATO Kommandostruktur umfangreiche amerikanische Systeme und die jeweiligen nationalen Beiträge der anderen Mitgliedsstaaten zusammenfassen. Russland soll durch vertrauensbildende Maßnahmen eingebunden werden. Deutschland begrüßt das US-Angebot einer Einbindung der US-Systemelemente in ein NATO-Missile-Defence-System. **Ein Aufbau im NATO-Rahmen hätte den Vorteil eines umfassenden Schutzes von Europa, würde die transatlantischen Beziehungen stärken, Mitspracherecht bei einem Einsatz der Systeme gewähren sowie eine bessere Einbeziehung Russlands ermöglichen.** Für Deutschland ist es wichtig, nicht nur im Bündnis zu einer politischen Lösung beizutragen, sondern sich auch an einem

möglichen NATO-System mit einem unserem Gewicht im Bündnis entsprechenden Beitrag zu beteiligen. Eine Entscheidung könnte beim anstehenden NATO-Gipfel in Lissabon im November 2010 fallen.

### Verhältnis NATO – Russland

Der Konflikt zwischen Russland und Georgien im August 2008 und die in Folge getroffene Entscheidung der NATO-Außenminister, die Zusammenarbeit im NATO-Russland-Rat auszusetzen, führte im Verhältnis NATO – Russland zum tiefsten Stand seit Jahren. Der NATO-Russland-Rat dient neben der Behandlung von Fragen zur militärischen Zusammenarbeit vor allem als Forum für politischen Dialog. Nach der Entscheidung der Außenminister zur vollständigen Wiederaufnahme der Kooperation mit Russland am 27. Juni 2009 auf Korfu bemühen sich nun beide Seiten darum, diese mit Leben zu füllen. Es ist gemeinsames Verständnis, dass der NATO-Russland-Rat wieder an Substanz und Bedeutung gewinnen und als Dialogforum gerade der Förderung des gegenseitigen Verständnisses und dem Abbau von Kommunikationsmängeln dienen soll. Eine NATO-seitige Akzeptanz des russischen Vorgehens im Kaukasus einschließlich der Anerkennung Südossetiens und Abchasiens ist damit weiterhin nicht verbunden. Im Gegenteil, der NATO-Russland-Rat muss dazu dienen, gemeinsame Probleme und auch strittige Fragen zu thematisieren und die Plattform für Dialog und Kooperation bilden. **Russland bleibt für die NATO ein schwieriger Partner.** Die positiven Zeichen der Annäherung und Zusammenarbeit auf der einen Seite und das immer wiederkehrende Zurückfallen in alte Positionen auf der anderen Seite zeigt die Ambivalenz des Verhaltens, mit der sich Russland gegenüber der NATO zu positionieren versucht. Dennoch herrscht Einigkeit innerhalb der Allianz darüber, dass es im Kern auch in Zukunft um den Auf- und Ausbau einer transparenten, gleichberechtigten Partnerschaft unter Einbindung in die euro-atlantischen Sicherheitsstrukturen geht.

### Neues Strategisches Konzept

In der oben bereits erwähnten „Declaration on Alliance Security“ wurde der NATO-Generalsekretär beauftragt, eine Gruppe von Experten einzuberufen, die einen Vorschlag als Grundlage für ein Neues Strategisches Konzept erarbeiten sollte. Generalsekretär

Rasmussen hatte hierzu am 3. August 2009 eine Gruppe von 12 qualifizierten Experten unter Leitung von Dr. Madeleine Albright (USA) bestimmt. Deutschland war mit Botschafter a.D. Dr. Hans-Friedrich von Ploetz vertreten. Absicht des Generalsekretärs war und ist es, den Prozess zur Erarbeitung des Neuen Strategischen Konzepts unter aktiver Einbindung sowohl aller Alliierten, als auch von Partnern, transparent zu gestalten und dabei auch die Öffentlichkeit zu suchen. Der gesamte Prozess verläuft in drei Phasen: (1) Reflektionsphase (abgeschlossen) bis März 2010 mit offiziellen Seminaren und zahlreichen informellen Veranstaltungen bei Alliierten und Partnern. (2) Konsultationsphase (ebenfalls abgeschlossen), einschließlich Expertenreisen in die Hauptstädte der Mitgliedstaaten. In dieser Phase unterstützten Bundeskanzleramt, Auswärtiges Amt und das Bundesministerium der Verteidigung Botschafter von Ploetz auf Arbeitsebene mit einer gemeinsamen informellen Arbeitsgruppe unter Federführung des Auswärtigen Amtes. Um Alliierte ohne Expertenbeteiligung am Prozess zu beteiligen und die deutsche Verantwortung zu unterstreichen, konsultierte Botschafter von Ploetz fortlaufend auch Regierungsvertreter dieser Staaten (vor allem die baltischen Staaten). Am 12. Mai 2010 übergab die Expertengruppe ihren Bericht zum Neuen Strategischen Konzept an den NATO-Generalsekretär. Der Bericht wurde am 17. Mai 2010 dem Nordatlantikrat vorgestellt. Die Expertengruppe löste sich mit Übergabe des Berichts auf. Insgesamt bietet der Bericht eine fundierte Analyse des strategischen Umfelds und kommender Herausforderungen für die NATO sowie stringent abgeleitete Empfehlungen, die dabei eher konventioneller Art sind, überraschende Wendungen bleiben aus. Die NATO-Partnerschaftspolitik nimmt breiten Raum ein, insbesondere die Entwicklung des Verhältnisses zu Russland. Vorschläge zu Reformen sehen u.a. eine Einschränkung des Konsensprinzips, eine exekutive Stärkung der Stellung des Generalsekretärs, sowie die Empfehlung „Missile Defence“ als NATO-Aufgabe zu sehen, vor. Darüber hinaus werden die Grundprinzipien der NATO-Nuklearpolitik bestätigt und betont, Entscheidungen zur zukünftigen Nuklearpolitik nur gemeinsam mit allen Bündnispartnern im Konsens zu treffen. Zusammenfassend stellt der Bericht damit einen wichtigen Beitrag zur Beförderung

der strategischen Diskussion dar, der wertvolle Impulse für das Neue Strategische Konzept liefert.

In der nun folgenden, dritten Phase, der Verhandlungsphase entwickelt der Generalsekretär in Zusammenarbeit mit den NATO-Botschaftern das Neue Strategische Konzept, welches dann im Rahmen des NATO-Gipfeltreffens am 19. November in Lissabon, Portugal verabschiedet werden soll. Inwieweit die Empfehlungen des Expertenberichts tatsächlich in das Neue Strategische Konzept Eingang finden werden ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abzusehen.

### Herausforderungen für die Zukunft

Momentan sind alle Anstrengungen auf den anstehenden NATO-Gipfel in Lissabon am 19./20. November dieses Jahres ausgerichtet. Im Zentrum wird dabei die Verabschiedung des Neuen Strategischen Konzepts stehen, einhergehend mit mehreren weitreichenden Entscheidungen, u.a. zur Nuklearpolitik, zu Missile Defence, zur Reform der NATO-Haushaltssystematik, aber auch hinsichtlich erster Bewertungen zum Erfolg der im Frühjahr beschlossenen neuen Afghanistan-Strategie. Entsprechend breites öffentliches Interesse wird erwartet. Der Druck auf die politischen Entscheidungsträger, zu konsensfähigen Ergebnissen zu gelangen steigt stetig. Deshalb ist auch im Vorfeld des Gipfels am 14. Oktober ein gemeinsames Außen- und Verteidigungsministertreffen in Brüssel geplant. Einschneidende Ergebnisse zur Neuausrichtung der Allianz stehen also unmittelbar bevor. Die Breite der Reformpalette, aber auch die geringen Zeitlinien läuten den Weg zur Transformation der NATO ein. Um handlungsfähig zu bleiben und als wichtigstes Militärbündnis der Welt politisch handeln zu können wird auch zukünftig eine ständiger Abgleich äußerer und innerer Rahmenbedingungen sowie deren erforderliche Anpassung vonnöten sein.

**Der Autor** ist seit 2009 Referent im BMVg. FüS III 3. Er war ZugFhr, S-2 Offz und Kompaniechef im PzLBtl 93, danach Adjutant beim Kommandeur 14. PzGrenDiv. Im Anschluss daran Absolvent des 46. (nat) Generalstabslehrgangs und daran anschließend Dezernent im HA und Teilnehmer an der NL-Genstausbildung in Den Haag.